

Beschlossene Anträge an die 142. LDK der LSV NRW

IA: Recyceln der ipads

Antragsteller*in: [REDACTED]

Recyceln der ipads

Antragstext

Die 142. LDK möge beschließen, dass der Landesvorstand sich dafür einsetzt und eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der gefordert wird, dass nicht mehr genutzte digitale Endgeräte an Schulen recycelt werden. Dies kann beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Telekom, Foxway oder dem NABU geschehen.

Unterstützer*innen

[REDACTED]

Leitantrag 142. LDK

Antragstext

Die 142. LDK möge beschließen, dass folgender Text als Leitantrag angenommen wird und in seiner Analyse und seinen Forderungen die Position der LSV NRW zum Thema sozialer Klassen, der Leistungsgesellschaft, dem mehrgliedrigen Schulsystem und dem Ziel von Schule auch ergänzend zum Grundsatzprogramm der LSV NRW darstellt:

Klasse, Leistung und Schule

Der deutsche Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno sieht als wesentliches Ziel die Erziehung zur Mündigkeit als wichtigstes Bildungsziel, das jedoch dadurch verhindert wird, dass von den Schüler*innen stets verlangt wird, sich der Realität anzupassen. „Die Kritik dieses überwertigen Realismus scheint mir eine der entscheidendsten Bildungsaufgaben [zu sein]“, sagte Theodor W. Adorno 1966 in einem Streitgespräch mit Hellmut Becker.^[1] Ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Bildungssystems und des von Adorno kritisierten Realismus ist, dass klassenbedingte Trennungen existieren. Diese Segregation führt dazu, dass sich die Schüler*innen die Ideologien der Gegenwart aneignen und nicht die notwendige Mündigkeit erlangen können.

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und verletzt die Ideale der Gleichheit. Und das schon seit langer Zeit. In der Feudalgesellschaft war Bildung zunächst nur bestimmten Ständen zugänglich. In der kapitalistischen Klassengesellschaft wurden die Bildungsmöglichkeiten dann ausgeweitet, so dass nun auch die Kinder des Bürgertums Zugang zur Schule hatten. Da man aber die Kinder der Arbeiter*innen nicht auf die gleichen Schulen schicken wollte wie die Kinder des Bürgertums, wurden unterschiedliche Schulformen entwickelt und damit die Segregation erzwungen. Bis heute besteht dieses System in ähnlicher Form fort und verstärkt die Klassenzugehörigkeit. Zudem wird die Ideologie einer Leistungsgesellschaft implementiert und als notwendig dargestellt.

Klasse und Schule

Zunächst ein Blick auf die grundsätzliche Klassenstruktur in Deutschland. In der Bundesrepublik Deutschland besteht nach wie vor die kapitalistische Klassengesellschaft. Einer großen Zahl von Lohnabhängigen steht eine sehr kleine Gruppe von Lohnunabhängigen gegenüber, die jeweils eine Klasse an sich bilden. Dieses Verhältnis ist seit Bestehen der Bundesrepublik relativ konstant und es zeichnet sich keine Veränderung ab.^[2] Entscheidend für den Bildungserfolg ist insbesondere der berufliche Abschluss der Eltern: So besuchen 80 Prozent der Kinder, deren Eltern einen Doktor*intitel haben, ein Gymnasium und immerhin noch 66,8 Prozent, wenn die Eltern einen Hochschulabschluss haben. Bei Kindern von Eltern mit einer Berufsausbildung sind es nur 29,1 Prozent.^[3] Es gibt also eine deutliche Ungleichheit in Deutschland, sowohl in finanzieller als auch in kultureller Hinsicht. Dagegen wehren wir uns als LSV NRW. Wir fordern, „dass

[die] Wirtschaft ein Instrument aller zum Wohlstand aller sein muss und nicht das Instrument einiger weniger zur eigenen Bereicherung“ (GPO LSV NRW). Dementsprechend muss auch die Schule ein Ort der Bildung für alle sein. Was Schule leisten soll, wird an späterer Stelle ausgeführt. Die Herkunft aus unterschiedlichen sozialen Klassen führt auch dazu, dass sich ein jeweiliger Habitus herausbildet, der im Sinne des französischen Soziologen Bourdieu auch zu einer ungleichen Wahrnehmung der Schüler*innen bei den Lehrkräften führt. Bourdieu versteht Habitus als die verinnerlichten Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster, die durch die soziale Herkunft geprägt werden. Das bedeutet, dass Schüler*innen aus finanziell schwachen Verhältnissen (sowohl nominell kulturell als auch finanziell) von den Lehrkräften deutlich anders wahrgenommen werden als finanziell starke Schüler*innen (sowohl nominell kulturell als auch finanziell), da diese einen anderen Habitus haben als ihre Mitschüler*innen. Da der Habitus der reichen Schüler*innen konformer zu dem der Lehrkräfte ist, wird von diesen auch ein größerer schulischer Erfolg erwartet, da die Schule soziale Konformität erwartet.^[4] Studien zeigen, dass Schüler*innen aus finanziell schwachen Familien weniger häufig für höhere Schulformen empfohlen werden, auch wenn ihre Leistungen vergleichbar sind.^[5] Hier äußert sich meist auch ein gewisser Klassismus gegenüber Arbeiter*innen, der sich auch habituell begründen lässt. Der Bildungsforscher John Hattie bezeichnet das deutsche Schulsystem als eines der ungerechtesten der Welt.^[6] Hattie sieht sowohl Defizite im Lernen, da durch die relativ starre Aufteilung nach vier Jahren den Schüler*innen wichtige weitere Bildungschancen genommen werden, als auch die Gefahr einer weiteren sozialen Trennung (Segregation), da sich wie beschrieben insbesondere soziale Klassen auf die Schulformen verteilen. Des Weiteren hält er den Erfolgsdruck, der auf die Schüler*innen aufgebaut wird, für ein wesentliches Problem, warum Lernerfolge nicht stattfinden.

Wir sehen also, dass sich soziale Klassen in Deutschland verfestigt haben und dass es angesichts sinkender Reallöhne auch keinen Grund gibt, diese zu rechtfertigen oder zu akzeptieren. Gleichzeitig verschärft die Schule diese Probleme und schafft durch die Reproduktion des kulturellen Kapitals in den Familien ihre eigenen.

Mehrgliedriges Schulsystem

Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, ist ein wesentlicher Faktor des deutschen Schulsystems seine Mehrgliedrigkeit. Nach einer vierjährigen Grundschule, in der in der Regel Kinder aus einem kleineren lokalen Einzugsgebiet lernen, erfolgt nach dieser Zeit eine Aufteilung des gebildeten Klassenverbandes. Diese erfolgt in mehrere Schulformen: die Sekundarschule, die Gesamtschule, die Realschule, die Hauptschule, die Förderschule und das Gymnasium. Diese Aufteilung hat verschiedene Auswirkungen, die die LSV NRW in der Regel als negativ bewertet.

Soziale Gruppen, die sich über vier Jahre gefunden haben, werden zunächst auseinandergerissen, was insbesondere für die zu diesem Zeitpunkt noch jungen Schüler*innen durchaus unglücklich ist. Das Kennenlernen neuer Menschen ist unserer Meinung nach auch auf anderen Wegen möglich und sollte nicht erzwungen werden.

Die Aufteilung nach der Grundschule bestimmt strukturell den weiteren Bildungsweg. Dies ist zu kritisieren, da kaum ein 10-jähriges Kind genau weiß, wie es sich entwickeln wird. Ein wesentlicher Teil des Lernerfolgs ist das

Scheitern und der Umgang damit, dies wird durch diese frühe Einteilung unmöglich gemacht, da das sofortige Verstehen und Umsetzen von Inhalten erwünscht ist und somit ein Scheitern direkt negativ bewertet wird und keine Möglichkeit einer zweiten, dritten oder gar vierten Chance eröffnet wird. Dieser erzwungene Erfolg zerstört auch das Lerninteresse aus eigenem Antrieb der Schüler*innen und sorgt im Besonderen für Desinteresse und Angst vor der Schule.

Drittens erzeugt diese Einteilung, die sich unbewusst am Bildungsstand der Eltern und deren ökonomischem Kapital orientiert, eine weitere soziale Segregation und verhindert die Begegnung mit Kindern aus anderen Milieus und sozialen Klassen. Heterogenität (Uneinheitlichkeit) in der Schule ist notwendig, um einen Austausch zwischen unterschiedlichen Milieus in den sozialen Klassen zu gewährleisten.

Das mehrgliedrige Schulsystem ist nicht im Interesse der Schüler*innen Nordrhein-Westfalens und sollte, wie im GPO festgehalten, durch die inklusive Ganztags Gesamtschule (kurz: IGGS) ersetzt werden. Diese soll ein langes gemeinsames Lernen ermöglichen und Segregation verhindern.

Leistungsgesellschaft

Die Meritokratie ist die Ideologie der Gegenwart und findet sich auch im mehrgliedrigen Schulsystem beziehungsweise seiner Begründung wieder. Sie suggeriert Chancengleichheit, ignoriert aber die bestehenden Ungleichheiten, die eine solche Chancengleichheit unrealistisch machen. Die Meritokratie hält ‚Leistung‘ für etwas Objektives, ignoriert aber, dass sie auf vorgegebenen Normen und Werten beruht und damit kein System ist, das Abweichungen von der vorgegebenen Norm zulässt und auch als Erfolg wertet. Zumal sie auch die unterschiedlichen Startbedingungen ignoriert und damit bestehende Ungleichheiten verschleiert. Diese Meritokratie hat aber auch einen logischen Fehler: Das Bildungssystem verspricht allen sozialen Aufstieg durch Leistung, obwohl dies systemisch unmöglich ist, es können nicht alle in Führungspositionen aufsteigen. Stattdessen wird, wie oben beschrieben, das Bürgertum aufgrund seines akademischen Habitus bevorzugt. Diese Leistungsideologie verschleiert strukturelle Diskriminierungen im Bildungssystem und führt zu einem Konkurrenzkampf unter den Schüler*innen, der Solidarität verhindert. Damit führt das Leistungsprinzip zu einer unhinterfragten Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse - das Gegenteil von Adornos Bildungsziel der Mündigkeit, die kritisches Denken und Widerstandsfähigkeit gegen Vereinnahmung bedeutet.

Sowohl die Eigenschaften des mehrgliedrigen Schulsystems als auch die Meritokratie verursachen Stress bei vielen und insbesondere finanziell schwachen Schüler*innen, der sich auch auf ihre mentale Gesundheit auswirken kann.^[7] Um diese Probleme anzugehen, muss sowohl das mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft werden, als auch die Meritokratie aus den Köpfen der Lehrkräfte und Schüler*innen verschwinden.

Ziel der Schule

Trotz dieser vielfach angebrachten und wesentlichen Mängel werden viele Verbesserungsvorschläge immer wieder ignoriert. Wir müssen also noch einmal unsere Ziele wiederholen. Das mehrgliedrige Schulsystem hat ausgedient und muss abgeschafft werden. Das Notensystem muss durch ein System individueller Rückmeldungen ersetzt werden. Die Bildungsabschlüsse bedürfen einer

grundlegenden Reform, deren wesentliches Element nicht Zentralität, sondern Individualität nach neuen Maßstäben im ersten Sinne ist. Prüfungen sind als Form der Leistungsbewertung zu überdenken und sollten auf die eigenständige Anwendung von Methoden ausgerichtet sein.

Es geht also um Mündigkeit und nicht um Anpassung. Bildung muss das Ziel haben, mündige Menschen hervorzubringen und nicht Leitbilder immer wieder zu reproduzieren. Im Sinne des Zitats in der Einleitung ginge es darum, den Zwangsrealismus der Schüler*innen aufzubrechen und hier die Fähigkeit zur Selbstständigkeit und den Widerstand gegen Konformitätsdruck in den Vordergrund zu stellen. Dabei ist es notwendig, diese Bildung nicht erst in der Schule, sondern bereits in der frühen Kindheit zu beginnen. Dies gilt es mit kollektivem Lernen zu verbinden und keine Konkurrenz zuzulassen. Dementsprechend müssen die Lerngruppen kleiner werden und Heterogenität zulassen, um auch hier soziale Ungleichheiten abzubauen.

Um Bildungsgerechtigkeit zu fördern, muss Schule die Vielfalt von Wissensformen und kulturellem Kapital anerkennen, statt ausschließlich bürgerliche Standards als Maßstab zu setzen. Dies erfordert eine gezielte Förderung benachteiligter Gruppen, um ungleiche Startbedingungen auszugleichen. Zentral ist dabei die Entwicklung von Konfliktfähigkeit - denn nur durch den konstruktiven Umgang mit gesellschaftlichen Widersprüchen können diese auch überwunden werden. Zusätzlich gilt es in diesem Kontext Schule wieder als einen Ort des Humanismus zu gestalten. Statt gesellschaftliche Machtverhältnisse unreflektiert zu reproduzieren, müssen diese zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung werden.^[8]

Forderungen

Aus dieser Analyse ergeben sich folgende Forderungen. Um durchzusetzen gilt es, dass sich die LSV NRW sich aktiv und öffentlichkeitswirksam für diese stark macht und geschlossen vertritt.

Was die LSV NRW sich zum Ziel setzt, ist:

- den im Jahr 2024 stattgefundenen **Bildungsprotest** auch in den kommenden Jahren fortzusetzen und dabei die Forderungen bei herrschenden politischen Parteien einzufordern,
- umfangreich und **öffentlich** über die Forderungen der LSV NRW zu **informieren**,
- Rücksprache mit den **BSVen** und **SVen** zu halten um dort die beschlossenen Forderungen zu **vermitteln**.

Von den politischen Parteien fordern wir im Sinne des Antrags:

- die Abschaffung des **mehrgliedrigen Schulsystems** im Sinne des GPO der LSV NRW,
- das bestehende **Notensystem** im Sinne des GPO der LSV NRW zu reformieren,
- die schulischen **Bildungsabschlüsse** grundlegend zu reformieren,
- **Klausuren** und **Klassenarbeiten** zu reformieren,
- **Mündigkeit** zum zentralen Bildungsziel zu erklären,

- **kollektives Lernen** zu fördern und Konkurrenzkämpfe zu verunmöglichen,
- Lerngruppen / Schulklassen **verkleinern** und **Heterogenität** zulassen,
- die Vielfalt von **Wissensformen** anzuerkennen,
- **Konfliktfähigkeit** und **konstruktiver Umgang** mit gesellschaftlichen Widersprüchen zu einem Teil der schulischen Bildung werden zu lassen,
- Schule als einen Ort des **Humanismus** zu gestalten,
- sich dafür einzusetzen, **gesellschaftliche Machtverhältnisse** zu einem Gegenstand kritischer Auseinandersetzung zu machen, mit dem Ziel, diese zu verändern.

Diese Forderungen sind ein Teil der notwendigen Neugestaltung des Schulsystems in Deutschland und im besonderen Nordrhein-Westfalen und müssen als Maßstäbe gesetzt werden.

Quellen:

[1] Adorno, Theodor W.. Erziehung zur Mündigkeit: Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, hrsg. von Gerd Kadelbach. Frankfurt: Suhrkamp, 1970, S. 110.

[2] Krüger, Stephan. Der deutsche Kapitalismus 1950-2023: Inflation, Beschäftigung, Umverteilung, Profitraten, Finanzkrisen, Weltmarkt. Hamburg: VSA Verlag, 2024, S. 146.

[3] Bundeszentrale für politische Bildung. „Gymnasium oder Gesamtschule? Der Berufsabschluss der Eltern entscheidet“. bpb.de, 28. März 2023. <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/516333/gymnasium-oder-gesamtschule-der-berufsabschluss-der-eltern-entscheidet/>.

[4] Bourdieu, Pierre. Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer. 29. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2023.

[5] „Der ifo-„Ein Herz für Kinder“- Chancenmonitor: Wie (un-)gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt? | Publikationen | ifo Institut“. Zugegriffen 1. Januar 2025. <https://www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatz-zeitschrift/der-ifo-ein-herz-fuer-kinder-chancenmonitor>.

[6] Fokken, Silke. „Bildungsforscher John Hattie über Unterricht: ‘Das vorherrschende Gefühl in der Schule ist Langeweile‘“. Der Spiegel, 26. Dezember 2024, Abschn. Panorama. <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bildungsforscher-john-hattie-schule-ist-nicht-fuer-die-eltern-da-sondern-fuer-die-kinder-a-5635c51c-cd69-4e2e-a854-6409e1b099a1>.

[7] Robert Bosch Stiftung. „Deutsches Schulbarometer Schüler:innen“. Zugegriffen 4. Januar 2025. <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/deutsches-schulbarometer-schuelerinnen>.

[8] Adorno, Erziehung.; El-Mafaalani, Aladin. Mythos Bildung: Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. 5., aktualisierte Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2023.

„Handyverbot“ in der Schule?

Antragstext

Die 142. Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass sich die LSV NRW zukünftig zu Fragen zu mobilen Endgeräten (Smartphones, Tablets, Handy etc.) an Schulen, insbesondere wenn ein Verbot thematisiert wird, wie folgt positioniert. Alle bisherigen Positionierungen zu diesem Thema werden im Falle eines Widerspruchs durch diesen Antrag aufgehoben oder gegebenenfalls entsprechend ergänzt.

Die LSV NRW lehnt ein generelles „Handyverbot“, also die der Nutzung von mobilen Endgeräten oder Sozialen Netzwerken, seitens der Schüler*innen auf dem Schulgelände ab. Wir halten diese Forderung für regressiv.

Gleichwohl verstehen wir die Kritik an der Handynutzung und sehen hier auch Gefahren, denen wir aber nicht mit einer Verbotspolitik begegnen wollen. Klar ist, dass das Mobiltelefon im Unterricht im Interesse der Schüler*innen in der Tasche bleiben muss, hier ist auch eine entsprechende Regelung sinnvoll.

Dennoch ist das Handy ein zentraler Bestandteil des Lebens von Millionen Schüler*innen geworden und kann nicht ignoriert werden. Wir haben oft den Eindruck, dass mit der Forderung nach einem Verbot ein Problem gelöst werden soll, das die Eltern nicht lösen können oder wollen. Es wird einfach alles verboten, was nicht gefällt. Es ist aber auch klar, dass Handys bzw. die darauf installierten Apps Probleme verursachen, die eindeutig bekämpft werden müssen. Viele junge Kinder sehen zum Beispiel Menschen, die getötet werden, oder sexuelle Gewalt, sie erleben auch Cybermobbing und bekommen kritische Körperideale vermittelt. Dem müssen wir entgegenwirken. Das heißt, wir fordern eine neue Kultur im Umgang mit dem Handy und dem Internet insgesamt. Diese muss sowohl die Chancen sehen und aktiv nutzen als auch die Gefahren wahrnehmen und ihnen begegnen. Das Mobiltelefon bietet auch viele Chancen: Gerade für Schüler*innen, die Schwierigkeiten haben, sich ein soziales Umfeld zu schaffen, in dem sie sich wohl fühlen, bietet das Internet durchaus Chancen, Räume zu öffnen. Hier kann die Schule einen Beitrag leisten. So wäre es zum Beispiel sinnvoll, wenn alle Schüler*innen lernen, wie die Mechanismen des Mobiltelefons funktionieren und welche Einstellungsmöglichkeiten es bietet. Und eines ist sicher: Ziel muss es sein, die Welt außerhalb des Mobiltelefons interessanter und angenehmer zu machen als die virtuelle Welt. Wenn dieser Zustand erreicht ist, erübrigt sich jede Diskussion über mögliche Verbote.

Diese Position muss nicht, kann aber proaktiv vertreten werden. Sie sollte als Grundlage für öffentliche Reaktionen auf Forderungen nach einem generellen Verbot der Nutzung von Mobiltelefonen in Schulen dienen und in ihrer Konsequenz auch so öffentlich kommuniziert werden.

Begründung

In den letzten Monaten wurde das Verbot von Sozialen Netzwerken oder Handys (an Schulen) auch überregional immer wieder thematisiert. Da diese Geräte den Alltag von fast allen Schüler*innen in NRW maßgeblich prägen, ist es erforderlich, eine gemeinsame Position zu finden, die sich differenziert mit dem Thema auseinandersetzt. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass Handys weder verteufelt noch verharmlost werden. Daher soll sich dieser Antrag im aktuellen Diskurs positionieren und eine Antwort im Sinne der Schüler*innen finden. Klar ist, dass das Handy nicht aus der Welt zu schaffen ist. Zudem darf die Schule nicht zum Abladeplatz für Probleme werden. Deshalb muss sich die Schule auf sinnvolle Weise mit den Problemen rund um das Handy auseinandersetzen.

Zunächst wird im Antrag das Problemfeld klar eingegrenzt, um einen Anwendungsfall des Antrags klar zu definieren. Dann wird klargestellt, dass dieser Antrag nicht progressiv, sondern rückwärtsgewandt ist. Danach stellt der Antrag fest, dass die Gefahren vorhanden sind und insbesondere im Unterricht ein Verbot zweifellos sinnvoll ist. Die darauffolgenden Argumente liefern Diskussionsansätze für eine öffentliche Kommunikation und begründen damit die obigen Positionen. Schließlich verbindet der Antrag das Thema unter anderem mit den Forderungen der LSV NRW für einen guten Unterricht zum Thema Medien und Internet, wie sie beispielsweise von der 137. LDK beschlossen wurden. Schließlich legt der Antrag fest, wie er umgesetzt werden soll, so dass für den Landesvorstand klar ist, wie vorzugehen ist, wobei wir darauf geachtet haben, dass der Landesvorstand zum jetzigen Zeitpunkt nicht alles erfüllen kann, auch wenn er es gerne würde.

Wir schaffen mit diesem Antrag eine differenzierte und trotzdem klare Auseinandersetzung mit einem aktuellen schulpolitischen Thema, das fast alle Schüler*innen direkt betrifft.

Eine weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

8A: Bildungsprotest
Antragsteller*in: BSV Düsseldorf

Bildungsprotest

Antragstext

Die 142. LDK soll beschließen, dass für das Jahr 2025 ein Bildungsprotest geplant werden soll. Der Landesvorstand und Landessekretariat, soll Theoretische Grundlagen bieten und bei den einzelnen Protesten mithelfen. Hierbei soll es einem zentralen Termin geben.

9A: Keine Zusammenarbeit mit der AfD!
Antragsteller*in: BSV Bochum

Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

Antragstext

Die 142. Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass die LSV NRW Podiumsdiskussionen an Schulen oder von Schüler*innenvertretungen mit Beteiligung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) kritisiert und ablehnt. Sollte dem Landesvorstand ein konkreter Fall bekannt werden, soll er nach eigenem Ermessen dagegen vorgehen.

Begründung

Die 141. LDK positionierte sich in ihrem Leitantrag klar gegen die AfD und den gesellschaftlichen Rechtsruck. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl ist die Diskussion um Podiumsdiskussionen wieder aufgekommen. Bei einer solchen Podiumsdiskussion soll den Schüler*innen meist ein Überblick über die Parteien und ihre Positionen gegeben werden. Dennoch ist es falsch, die AfD einzuladen. Wie die 141. LDK festgestellt hat, ist die AfD keine ‚normale‘ Partei. Sie wird in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Die AfD greift die Grundregeln unserer Gesellschaft von rechts an. Schule und Bildung sollen aber gerade diese schützen. Deshalb ist es falsch, der AfD Raum zu geben, sich an Schulen zu präsentieren. Es ist auch nicht möglich, sie „inhaltlich zu stellen“, da sie ihre eigenen Fakten hat und sich ihre Vertreter*innen quasi noch nie auf einen ordentlichen Diskurs eingelassen haben.

Eine weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Unterstützer*innen

BSV Aachen; BSV Essen; BSV Düsseldorf

4GPO: Finanzierung
Antragsteller*in: [REDACTED]

Finanzierung

Antragstext

Die 140. Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass Z.839 im Grundsatzprogramm “[...]muss vermittelt und gefördert werden.” durch “[...]muss vermittelt, gefördert und finanziert werden.” ersetzt wird.

Bildungsbegriff schärfen

Antragstext

Die 142. Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass das Grundsatzprogramm der Landeschüler*innenvertretung NRW gemäß §10 Abs. 2 der Satzung der LSV NRW folgendermaßen geändert wird.

Nach *I Präambel* sei ein weiterer Abschnitt hinzugefügt der Abschnitt *II Bildungsbegriff* alle weiteren Abschnittsüberschriften werden um eins in ihrer römischen Nummerierung erhöht.

Der Abschnitt *II Bildungsbegriff* soll folgenden Text beinhalten, der direkt auf die Überschrift folgt:

„Die LSV NRW definiert Bildung als vielschichtiges Ideal, das auf vier wesentlichen Säulen ruht: der „Erziehung zur Mündigkeit“ (Adorno), der bewussten Habitusformung, humanistischen Werten und der praktischen Anwendbarkeit des Gelernten. Dieses Bildungsverständnis soll das Fundament für ein Schulsystem bilden, das allen Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Bildung ermöglicht. Dabei steht die Erziehung zur Mündigkeit an erster Stelle, sie wird von den drei anderen Säulen ergänzt.

Mündigkeit muss das zentrale Ziel von Bildung sein, denn nur mit mündigen Menschen kann eine wirklich demokratische Gesellschaft gestaltet werden. In Ableitung von Immanuel Kants Unmündigkeitsbegriff ist Mündigkeit die Fähigkeit des Einzelnen, sich des eigenen Verstandes ohne Anleitung durch andere zu bedienen und den Mut dazu aufzubringen ihn zu nutzen. Die Entwicklung zur Mündigkeit ist ein Prozess, der in der frühen Kindheit beginnen muss und in der Schule systematisch, aber nicht Ideologie getrieben fortgesetzt werden muss. Leider ist festzustellen, dass dieses grundlegende Bildungsideal bisher in keinem Bildungssystem vollständig verwirklicht wurde.

Ein wesentlicher Grund dafür liegt in den Strukturen der Gesellschaft, wie Pierre Bourdieu sie beschrieben hat. Das Konzept des Habitus erklärt, wie grundlegende klassenspezifische Verhaltensmuster entstehen und sich selbst reproduzieren. Das gegenwärtige Bildungssystem privilegiert dabei systematisch jene Schüler*innen, die der Mittel- und Oberklasse angehören, während die Schüler*innen aus der Arbeiter*innenklasse strukturell benachteiligt werden. Um diese Ungleichheit zu beenden, muss die Schule entsprechend Bourdieus Theorie der Kapitalarten kulturelles Kapital in einem entsprechenden Maße an alle Schüler*innen vermitteln und dabei gezielt fördern, wo es notwendig oder sinnvoll ist. Dies bedeutet nicht nur die Vermittlung von kulturellem Wissen, sondern auch die Schaffung von Räumen zur aktiven Auseinandersetzung damit. Die daraus resultierende Habitusbildung muss dabei immer die Anerkennung und den Respekt vor unterschiedlichen Ausprägungen des Habitus beinhalten.

Der humanistische Bildungsansatz ist für uns untrennbar mit dem Begriff der Mündigkeit verbunden. Er sieht den Menschen in seiner Ganzheit und seine

unveräußerlichen Rechte. Diese humanistische Perspektive ist für eine zeitgemäße Bildung und konstruktive Konfliktlösung in der Schule notwendig. Dabei ist es wichtig, dass dieser Humanismus nicht seitens der Schule beziehungsweise des Staats aufgezwungen wird, sondern durch Diskussion und solidarisches Handeln zum Tragen kommt.

Bildung muss unserer Auffassung nach auch eine Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen. Das in der Schule vermittelte Wissen muss mit der Lebenswirklichkeit der Schüler*innen verknüpft werden, wobei auch nicht-akademische Wissensformen ihre Berechtigung und Platz zu finden haben. Dabei ist jedoch, wie Adorno warnt, ein Abrutschen in einen "überwertigen Realismus" zu vermeiden oder aktuell eher zu beenden, der die praktische Anwendbarkeit zum alleinigen Maßstab erhebt und damit selbst zur Ideologie wird.“